

Verkauf
an allen Werktagen.
Bezugspreis
monatlich
in der Geschäftsstelle 160.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt 165.—
aus Ausland 20 deutsche Mark.

Verkaufsstellen: 4248, 3273.
8110, 3249.

Postkonten für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 85.— M.
im Restenteil 90.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland . . . 3.50 M.
im Restenteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Das Giaso des Völkerbundes.

Die Tagung der Versammlung des Völkerbundes in Genf ist beendet. Ihr positives Ergebnis ist nicht erheblich. Man hat die Grundlagen für einen ständigen Gerichtshof gelegt, worauf bei allseitigem guten Willen später ein den Weltfrieden förderlicher Bau errichtet werden kann. Aber abgesehen hiervon ist wenig positive Arbeit geleistet worden. Vor allem hat der Völkerbund in der wichtigsten Frage, derjenigen der Abrüstung vollkommen versagt. Gewiss hat man versichert, daß sich für die Notwendigkeit einer allgemeinen Abrüstung ausgesprochen, auch hat man wohl zugegeben, daß bisher nur Deutschland abgerüstet habe. Aber über allgemeine Abensarten ist man nicht hinausgekommen. Gerade dasjenige Land, das mehr denn je in Waffen steht, Frankreich, hat deutlich zu erkennen gegeben, daß es für eine wirkliche Abrüstung für absehbare Zeit nicht zu haben ist. Und nicht minder verlagert hat der Völkerbund bei dem Versuch, durch Änderung seiner Satzung sich selbst aktionsfähiger zu machen. Auch hier ist es hauptsächlich Frankreich gewesen, das sich einer alsbaldigen Änderung der Satzung nach dieser Richtung mit Erfolg widersetzt hat.

Von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist diesmal in Genf nicht die Rede gewesen. Da von deutscher Seite eine Anregung hierzu nicht ergangen war, hat auch keiner der anderen Delegierten die Gelegenheit ergriffen, um dies heisse Thema anzuführen. Erwähnte man sich doch nur zur Genüge, mit welcher Entrüstung Viviani auf der vorangegangenen Tagung eine solche Anregung zurückgewiesen und welche Begeisterung seine Worte in der ganzen Versammlung fanden und wie selbst der Schweizer Präsident Ador Viviani zu diesem Erfolge beglückwünschte. Wenn auch ohne weiteres anzunehmen ist, daß England einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht grundsätzlich feindlich gegenübersteht, so ist die Haltung Frankreichs zu dieser Frage nach wie vor unverändert. Es fürchtet nicht mit Unrecht, daß es einem Bundesmitglied gegenüber nicht so willkürlich würde verfahren können, wie jetzt gegenüber dem nicht im Bunde befindlichen Deutschland.

Gerade dieser letzte Umstand läßt es manchem Deutschen als wünschenswert erscheinen, daß Deutschland sich baldigst um die Aufnahme in den Völkerbund bewirbt. Aber so einfach läßt sich die Frage nicht beantworten. Zunächst dürfte Deutschland diesen Schritt nur dann tun, wenn es der Aufnahme sicher ist. Das ist aber gerade zurzeit nicht im geringsten der Fall. Artikel 1 der Völkerbundsatzung setzt für die Aufnahme eines neuen Mitgliedes die Zustimmung von zwei Dritteln der Bundesversammlung voraus, und Frankreich hat, was ja durch die Entwicklung in der oberösterreichischen Frage am besten bewiesen wird, zweifellos im Bunde einen so großen Anhang, daß es die zur Ablehnung eines Aufnahmeantrages erforderliche Stimmenzahl aufbringt.

Das ist aber nicht das einzige Bedenken, das gegen einen Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund spricht. Weiter kommt ernstlich in Betracht, daß die Satzung des Völkerbundes eine Prüfung der „Würdigkeit“ des aufzunehmenden neuen Mitgliedes fordert, soweit dieses bisher den feindlichen Staaten angehört. Das neue Mitglied muß für seine aufrichtige Absicht, seine internationalen Verpflichtungen zu beobachten, „wirksame Gewähr“ leisten. Hier sind einem Gegner der Aufnahme Deutschlands, und besonders einem so gehässigen Gegner wie Frankreich, genügend Mittel in die Hand gegeben, um der Aufnahme Deutschlands Schwierigkeiten aller Art zu bereiten. Man denke nur an die Methode, die

Frankreich angewandt hat, um auch nur die Milderung der ganz rechtswidrigen Sanktionen zu verhindern.

Zu der moralischen läme also vermutlich noch eine tatsächliche Niederlage, wenn Deutschland sich in den Bund hineindrängen wollte. Eine solche Niederlage auf dem Gebiete der Außenpolitik müßte in schwerster Weise auf die innerpolitische Lage Deutschlands einwirken.

Man soll aber die ohnehin so schwierige innere Lage nicht noch weiter erschweren.

Einen besonderen Nutzen kann man sich aber auch zur Zeit von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht versprechen. Von der Unfruchtbarkeit der bisherigen Tätigkeit des Völkerbundes wurde schon gesprochen. Diese beruht auf der ganzen Konstruktion des Bundes, die auch durch Deutschlands Beitritt nicht geändert werden würde, und vor allem auf die Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber dem Entschluß der amerikanischen Regierung, dem Völkerbund nicht beizutreten. Alle Versuche französischer Staatsmänner, hier einen Wählstein herbeizuführen, sind an der Entschlossenheit des Präsidenten Harding und der Mehrheit des Kongresses abgeglitten. Das hat zur Folge, daß auch die südamerikanischen und die Staaten Mittelamerikas sich anschließen, unter der Führung Argentiniens dem Versailler Völkerbunde den Rücken zu kehren.

Hier liegt für Deutschland der Schwerpunkt der ganzen Frage. Wir wissen, daß Präsident Harding schon seit geraumer Zeit an einem Konkurrenzunternehmen für den Versailler Völkerbund arbeitet. Er will einen neuen Bund der Völker ins Leben rufen, der auf einer ganz anderen Basis ruhen soll, als der Bund von Versailles. Dieser Bund soll keine Vorrechte für einzelne Länder enthalten, wie sie der gegenwärtige Bund für die führenden Entenmächte festsetzt. Er soll auch keine Prüfung der „Würdigkeit“ für die Aufnahme in den Bund verlangen, wie sie Frankreich gerade im Hinblick auf uns in die bisherige Satzung hineingebracht hat. Der Hardingsche Völkerbund soll allen Völkern die Gleichberechtigung gewähren, die mit Recht von allen maßgebenden deutschen Freunden des Völkerbundes als unerlässliche Voraussetzung für Deutschlands Eintritt gefordert worden ist. Deutschland darf nur dann in einen Völkerbund eintreten, wenn es vollkommen gleichberechtigt neben den übrigen Ländern besteht. Es würde nicht nur Deutschlands Ehre, sondern auch seinen Lebensinteressen widersprechen, wenn es lediglich als „gebildeter“ Staat in den Völkerbund aufgenommen würde. Denn dann würde man ihm wohl Pflichten auferlegen, insbesondere die einer nochmaligen Anerkennung aller Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages, nicht aber Rechte zuerkennen, die es ihm ermöglichen, seine Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

Ob der Plan des Präsidenten Harding gelingen wird, steht dahin. Gegenwärtig scheint es, als ob die Aussichten hierfür keine besonders günstigen sind. Sehr viel wird von der Festigkeit Hardings abhängen. Gelingt sein Plan, so ist der Versailler Völkerbund endgültig erledigt. Darüber dürfte ein Zweifel nicht bestehen. Unter diesen Umständen ist für Deutschland eine abwartende Haltung durchaus geboten. Es hat wahrlich keinen Anlaß, sich an den Völkerbund heranzudrängen und sich einer Abweisung aussetzen, wenn die Möglichkeit besteht, daß der Bund selbst in absehbarer Zeit in sich zusammenbricht. Diese kritische Lage des Völkerbundes ist aber durch den Verlauf der jüngsten Bundesversammlung nur noch verschärft worden.

Annahme der Genfer Entscheidung durch England.

Genf, 15. Oktober. Der englische Vertreter im Völkerbundsrat, Arthur Balfour hat den vollständigen Text der Entscheidung des

Völkerbundesrates nach London mitgebracht. Unvorhergesehene Ereignisse vorbehalten, steht fest, daß die englische Regierung sich vollkommen hinter die Genfer Entscheidung stellen wird.

Die verhängnisvolle Denkschrift der internationalen Gewerkschaften.

Von den zahlreichen Gerüchten, die über die Vorgänge umliefern, die sich in den letzten Tagen hinter den Kulissen abgespielt haben, erscheinen uns zwei bedeutungsvoll, die aus unterrichteter Quelle stammen, aber dennoch nur mit Vorbehalt wiedergegeben seien. Das eine besagt, die Haltung der Engländer, die man als einen glatten Unfall bezeichnen kann, sei auf das Wiesbadener Abkommen zurückzuführen. Man glaube in England, indem man das Kabinett Birch durch die oberösterreichische Frage in Gefahr bringe, die Durchführung des Abkommens verhindern zu können. Das zweite dieser Gerüchte beschäftigt sich mit der u. a. von dem deutschen Gewerkschaftler Wiffell unterzeichneten Denkschrift der internationalen Gewerkschaften, die zum großen Teile den Verhandlungen des Rates zur Grundlage dienen. Der Bericht schlug die Gründung einer Arbeiterrepublik in Oberschlesien vor, die als Pufferstaat zwischen Polen und Deutschland hätte dienen sollen. Die Annahme dieses Vorschlags war natürlich von vornherein ausgeschlossen, und auch eine Neuauflage des Landes, über die in der deutschen Presse viel die Rede war, ist niemals ernstlich in Betracht gekommen. Dagegen ging aus diesem Plan der Gewerkschaften der Gedanke der Einsetzung einer internationalen Kommission hervor, der schließlich zur Annahme gelangte. Die weitere Entwicklung der Dinge, besonders auch in militärischer Beziehung, ruht jetzt vollkommen auf dem Obersten Rat. Der Völkerbund hat, indem er seine Meinung nach Paris weiterleitete, die ihm übermiesene Aufgabe erledigt, und er hat sie in einer Weise erledigt, die niemandem größeren Schaden zufügen wird als dem Völkerbund selber.

Protestkundgebungen des Preussischen Landtages.

Berlin, 15. Oktober. Bei stark besetztem Hause legte am Donnerstag zu Beginn der Landtagssitzung Präsident Reinerz im Auftrage der Mehrheit des Landtages — die Kommunisten und Unabhängigen hatten sich ausdrücklich ausgeschlossen — feierlich Verwahrung ein gegen den Rechtsbruch und die Vergrößerung des deutschen Volkes in der oberösterreichischen Frage. Nachdem die oberösterreichische Bevölkerung seit mehr als 750 Jahren mit dem deutschen Volke verbunden sei und füglich durch die Abstammung ungeteilt zu erkennen gegeben habe, daß sie auch in Zukunft beim Deutschen Reiche bleiben wolle, sei in diesen Tagen von Genf die erschütternde Nachricht gekommen, daß Polen, das keinerlei Rechtsansprüche auf Oberschlesien habe, ein erheblicher Teil des Industriegebietes überwiegen werden solle. Die Sachverständigen im In- und Auslande hätten sich für die Unteilbarkeit Oberschlesiens als unbedingte Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens dieses Landes ausgesprochen; aber auch die Minorität, die für Polen stimme, habe nicht gewollt, daß Oberschlesien aufgeteilt und seine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit zerstört werden solle. Die Volksabstimmung habe das ungeweihte Ergebnis gebracht, daß Oberschlesien nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch bleiben wolle. Die Entscheidung des Völkerbundesrates, die die ungeweihte Willensäußerung des oberösterreichischen Volkes außer acht gelassen habe, sei ein Gewaltakt, der auch den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker vernichte. Unter lebhaftem Beifall der großen Mehrheit des Hauses befandete der Präsident, daß das oberösterreichische Volk durch eine unzerstörbare Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland für alle Zukunft verbunden sei. Unter entzückten Zurufen von Seiten der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitsopposition gaben darauf die Vertreter der Kommunisten und der Unabhängigen die Erklärung ab, daß sie mit den Ausführungen des Präsidenten nicht einverstanden seien. Das Haus trat dann in die Beratung der Tagesordnung ein.

Der preussische Ministerpräsident Stierwald führte gestern im preussischen Landtag in einer Rede aus, daß die Entscheidung in der oberösterreichischen Angelegenheit einen Bruch des Versailler Vertrages und eine brutale Vergrößerung des Volkswillens bedeute. Am Schluß legte er Protest gegen die Entscheidung ein.

Oberschlesiens Bürgermeister gegen Genf.

Oppeln, 15. Oktober. Hier fand gestern eine von 26 Bürgermeistern Oberschlesiens behandelte Konferenz statt. Es wurde beschlossen, an den Obersten Rat in Paris, Lloyd George in England, an Briand in Paris

Lies Kainer.

Geschichte einer Ehe von Beontine von Winterfeld.

(80. Fortsetzung.)

(Nachdruck unterjagt.)

12. Kapitel.

Wie der D-Zug Berlin-Rögnigsberg durch die Nacht sauste! Ratternd, — leuchtend, — unermüdet. Armut Kainer, der lesend in seinem Abteil saß, warf ärgerlich die Zeitung zur Erde und gähnte. Himmel noch einmal! War die Fahrt heute lange! Die sollte nachher ganz allein seine kleine Bies mit dem kranken Kinde machen! Auf der Hinzreise nach Milmer hatte er so sorgfältig alles für sie besorgt: Billette, Kofferträger, Rupee. Ja, das Kind hatte er sogar beim Umsteigen getragen. Und sie hatte ihm zärtlich und dankbar dafür in die Augen gesehen. Und heute? Armut Kainer verachtete sich selber in diesem Augenblick. Er hatte sich Simonskräfte wünschen mögen, um sich gegen die faulenden Stadtspeichen zu stemmen und den Zug zum Halte zu bringen. Immer noch sah er Lies' trauriges, schmales Gesichtchen vor sich, als er sie zum Abschied küßte, — eilig, flüchtig, wie das schlechte Gewissen selber. War es ihm denn diese ganzen Tage nicht aufgefallen, wie elend sie aussah? Was mußte ihr Mutterherz, das noch so jung und unerfahren war in solchen Dingen, gelitten haben um ihr krankes Kind? Und statt hierbei eine Stütze, eine Hilfe in ihrem Mann zu finden, war er nur hart und ungerecht gegen sie gewesen. O, daß er noch einmal umkehren könnte! Ihr noch einmal sagen könnte, wie tief, wie namenlos er sie liebe. Daß es ja nur seine große Liebe gewesen, die ihn so eifersüchtig und ungerecht gemacht. Nun war er Mel-

len von ihr getrennt. Immer weiter riß ihn dieser infame, ekelhafte Zug, — immer weiter fort von ihr. Er hätte die Rottene ziehen mögen, damit er endlich anhielt. Denn war er nicht in Not? In großer, bitterer Not? Er preßte die Lippen zusammen und starrte auf die klaffenden Regentropfen, die von draußen an die hochgezogenen Fenster schlugen.

Was sie jetzt wohl machte? Ob sie froh oder traurig war? Ob sie wohl an ihn dachte? Ach Gott, ach Gott, daß man auch nicht ein einziges Mal in seinem Leben ein oder zwei Tage rückgängig machen kann, noch einmal leben kann! Wie war er doch gestern abend abscheulich zu ihr gewesen! Da hatte er nach dem Abendessen wie immer mit Ellen musiziert im Gartenzimmer. Plötzlich war Bies hereingelommen, ein wenig blaß und schau, — aber so lieb, so lieb. Still hatte sie gewartet, bis die Sonaie zu Ende war, dann war sie leise hinter seinen Stuhl getreten und hatte die Arme um seinen Hals gelegt.

„Biebling, gehst Du noch ans Meer? Heute habe ich Zeit, denn Uli schläft schon.“

Da hatte er, ohne sie anzusehen, in den Notizen geblättert.

„Bitte, Ellen, Nummer zwölf, die in A-moll. Sagtest Du etwas, Bies? Ich habe jetzt nämlich keine Zeit.“

Ellen, die mit ihrer Geige mitten im Zimmer stand, hatte Bies' leises Flüstern wohl nicht gehört. Sie stimmte auch gerade ihr Instrument. Sie hätte sonst wohl nicht weiter gespielt mit ihm.

Bies aber war aus der Tür gegangen, — still — wortlos.

O, wie der Mann stöhnte im Rupee! Wenn Lies nun jetzt etwas aufstehe während seiner Abwesenheit? Nach ehe er sie um Verzeihung gebeten wegen seines gemeinen Betragens? Oder wenn ihr nachher unterwegs etwas passierte, so allein mit dem vielen Gepäc und dem Kinde? Seine Phantasie malte ihm die furchtbarsten Bilder vor Augen.

Er nahm sich vor, sofort bei seiner Ankunft mit Rückantwort zu befehlen, wie es ihr ginge. In acht Tagen am sie ja schon nach. O, wie er ihre Stube schmücken wollte mit Blumen! Wie glücklich wollte er sein, wenn er sie erst vom Bahnhof abholen konnte!

Unterdes lag Bies daheim in Milmer nach im Bett und dachte an Armut. Ihr Kopfkissen war nach von ihren Tränen, weil sie sich so sehr nach ihm, nach einem lieben Wort von ihm; — daß er so von ihr gehen konnte. Sie war den ganzen Tag herumgegangen wie im Traum. Seine den Kinderwagen durch alle Gartenwege schließend, mit all ihren Gedanken in weiter, weiter Ferne. Dann, als am Abend der Junge schlief und Frida, die endlich aus dem Krankenhaus zurückgekommen, wieder bei ihm saß, war sie ans Meer gegangen, auf die hohe Düne an die Steinbank. Hier hatte sie gesessen und gelesen und hinausgestarrt auf die weiten, wogenden Wasser, die kamen und gingen — kamen und gingen. Wie ein feuerroter Ball war die Sonne ins Meer gesunken. Von Kind an hatte sie diesen Augenblick am meisten geliebt, der im Sommer meist eintrat, wenn sie und Ellen gerade ins Bett sollten. Da hatten sie gebettelt und geweint, bis ihnen erlaubt wurde, aufzubleiben, bis die Sonne gesunken. Zitternd, mit offenem Munde hatte da Klein Bies mit dem fliegenden Zöpfchen im Winde gestanden und dann enttäuscht gerufen:

und an Bonomi in Rom ein Telegramm zu senden, in dem es heißt: Eine Entscheidung, wie sie ausstehend getroffen werden soll, kann die Versammlung als gerecht und dem Willen des obersteilischen Volkes entsprechend nie und nimmer anerkennen. Der Generalkonferenz schied aus Rom, an den Generalsekretär des Bollerbundes ein Telegramm, in dem ein ungeteiltes deutsches Obersteilchen gefordert wird.

Der Kestlerrat des Reichstags.

Berlin, 16. Oktober. In der Freitagssitzung des Senatspräsidenten des Reichstages forderte die Deutschnationalen Partei eine sofortige Zusammenberufung des Reichstages zwecks einer großen Rundgebung aller Parteien gegen die Entscheidung der obersteilischen Angelegenheit. Diesem Antrag stellten sich die Unabhängigen Sozialisten entgegen und begründeten ihren Widerstand damit, daß die Deutschnationalen diese Rundgebung zu einer nationalpolitischen Mission benutzen wollen. Im Plenum des Reichstages werden die Unabhängigen sich klar und offen über die nationalpolitischen Bestrebungen der Reichstagsparteien äußern. Der Reichstagspräsident erklärte, daß die Regierung sich darin einigt, daß sie jetzt nicht zurücktreten dürfe, da in der gegenwärtigen Zeit eine starke Regierung Führerin des Staates sein müsse.

Protestkundgebungen im Reich.

Wie aus Darmstadt mitgeteilt wird, hat gestern Präsident Pöhl in der Sitzung des Reichstages Protest gegen die nur Deutschland verbindende Entscheidung der obersteilischen Angelegenheit eingelegt. Der Reichstagspräsident beschloß darauf, die Plenarsitzung zu vertagen.

Die deutsche demokratische Partei hat eine Kundgebung erlassen, in der sie darauf hinweist, daß die drohende Genfer Entscheidung den Reich neuer Wirren in sich trägt und die Erfüllung der dem deutschen Volke auferlegten wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen zur Unmöglichkeit macht. Zum Schluß heißt es: Die deutsche demokratische Partei wehrt sich mit den Deutschen aller Parteirichtungen einig, wenn sie diese Zerkleinerung Obersteils als einen gegen das Recht verstoßenden Gewaltakt und als eine schwere politische Versündigung an der Zukunft Europas erklärt.

Bei der Besprechung der Entscheidung des Bollerbundes in der obersteilischen Angelegenheit erklärte der sächsische Finanzminister, er nehme nicht an, daß die deutschen Arbeiterkreise, hauptsächlich in Oberschlesien, mit der Entscheidung des Bollerbundes einverstanden sein werden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß es aus diesem Anlaß zu großen Kundgebungen kommen wird, und daß die deutschen Arbeiter Oberschlesiens unter keiner Bedingung eine Teilung Oberschlesiens in Ruhe aufnehmen werden.

Der Eindruck in Italien.

Die Morgenblätter äußern ihr heftigstes Erstaunen über den Beschluß des Bollerbundes. „Popolo Romano“ sagt, der Bollerbund stehe noch völlig im Banne der Blindheit seiner Verfasser. Niemand werde so naiv sein, zu glauben, daß Deutschland auf die existenziellen Bedürfnisse der Welt verzichten werde. Die französische Politik habe zwischen Deutschland und Polen einen unheilvollen Abgrund des Hasses geschaffen, in dem man wie in Versailles einen Keil zwischen Deutschland und Frankreich stecken wollte. Über Deutschland hat es eine eiserne Fessel gezogen. Der Beschluß des Bollerbundes hat dem nahen Zusammenstoß gegeben. „Il Paese“ äußert es unerbittlich, daß man das Industriegebiet, das eine der wenigen noch vorhandenen Quellen des Reichtums in Europa sei, nunmehr zernichtet. Man übergebe das großartigste und vollkommene Arbeitsinstrument, das dem verelendeten Europa geblieben ist, dem verelendeten, trübseligen und unfähigen Lande der Welt. Wiederum habe man Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten, und zwar zum Schaden ganz Europas, welches darunter leiden werde, wenn Deutschland die Reparationen nicht bezahlen könne. (Der italienische Bollerbundesdelegierte Marchese Ambrosini erklärt sich dagegen, daß dieses „Welt“ strengster Gerechtigkeit und Unparteilichkeit.)

Englische Besichtigung in Oberschlesien.

Kattowitz, 16. Oktober. Von bestunterrichteter zuverlässiger englischer Seite in Oppeln wird mit der ausdrücklichen Ermächtigung zur Veröffentlichung mitgeteilt, daß eine Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal noch nicht getroffen sei und daß alle darüber verbreiteten Meldungen falsch wären.

„Petit Parisien“ schreibt, daß keine Entscheidung getroffen wird, bevor nicht Dalsou mit Lord Curzon über die ganze Frage gesprochen habe.

In diplomatischen Kreisen Roms nimmt man an, daß die Genfer Entscheidung auf keine Einwände stoßen wird. Der Umstand, daß die englische Regierung nachprüfen will, ob die Entscheidung den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht widerspricht, wird lediglich als eine Formalität angesehen, die die früheren französisch-englischen Differenzen in dieser Frage nicht wieder wachrufen werde.

Verbot deutscher Versammlungen in Bouthen.

Bouthen, 16. Oktober. Die nach dem Schloßhause ausgelagerte Versammlung der Vereinigten deutschen Parteien und des Gewerk-

schaftsartikels wurde vom Kreisfunktionsärzten verboten. Auch Betriebsversammlungen in den einzelnen Betrieben dürfen nicht stattfinden.

Ein Generalstreik gegen den Genfer Beschluß?

Königsbütte, 16. Oktober. Der deutsche Metallarbeiterverband hat die Forderung aller Organisationen übernommen. Man arbeitet auf den Generalstreik hin. Der Kreisfunktionsärzten hat für Königsbütte Verstärkungen erhalten, die zum Teil aus Polen in französischen Uniformen bestehen.

Keine Aufhebung der militärischen Sanktionen.

Paris, 16. Oktober. (Tel.-U.) Die „Liberté“ meldet: Wir glauben zu wissen, daß der geistige Ministerrat sich mit der Frage der Aufhebung der militärischen Sanktionen befaßt hat. Der Ministerrat war einstimmig der Ansicht, daß gegenwärtig keine Aufhebung der militärischen Sanktionen in Frage kommen könne. Die Stellungnahme der französischen Regierung ist in dieser Hinsicht sehr klar. In Deutschland hat sich übrigens nichts ereignet, was eine Aufhebung der Sanktionen rechtfertigen kann.

Die Friedenskonferenz.

London, 16. Oktober. (W.A.) Aus Anlaß der Reise des Marshalls Foch und des Admirals Beatty de Canas veröffentlicht „Times“ einen Leitartikel, in dem sie für eine englisch-französische amerikanische Verständigung spricht. Eine Reihe von Fochern, in denen dem Andenken der unbekannten Soldaten Frankreichs und der Vereinigten Staaten gedenkt werden soll, werden nach Ansicht der Zeitungen eine gute Einleitung zur Washingtoner Konferenz bilden. Die tapferen Soldaten, so schreibt die Zeitung, fielen im Namen des Friedens und brachten durch ihren Tod den Friedenswillen dreier großen Demokratien aus. Obensolche Friedenswünsche werden auf der Washingtoner Konferenz zur Kundgebung gelangen. Möchten die Nationen der angelsächsischen Rasse vergessen, was sie Frankreich hinsichtlich der französischen Literatur, Kunst, Wissenschaft und der französischen Gebräuche schulden, so würde dies eine wahnsinnige Undankbarkeit bedeuten.

London, 16. Oktober. (Telunion.) Nach dem „Daily Telegraph“ steht nunmehr fest, daß sich Bloch George persönlich zur Eröffnung der Washingtoner Konferenz begeben wird.

Paris, 16. Oktober. (Telunion.) Bibiani hat sich damit einverstanden erklärt, Mitglied der Delegation für die Washingtoner Konferenz zu werden. Er wird sich am 29. Oktober nach Amerika einschiffen. Dagegen ist unrichtig, daß Soucheur der Delegation angehören wird.

Die Konferenz von Venedig.

Rom, 16. Oktober. (Telunion.) Die Burgenlandkonferenz hat Freitag in siebenstündiger Beratung ihr Programm erledigt. Die Vorträge sind sämtlich genehmigt. Der Volksentscheid ist für Oedenburg zugestanden. Ungarn besteht noch auf weiteren Grenzberichtigungen, die nach längeren Verhandlungen ebenfalls bewilligt wurden. Die Einigung ist dann durch die vermittelnden Bemühungen Italiens vollständig erzielt worden. Die römische Presse begrüßt den glücklichen Ausgang der Konferenz.

Die bisher vorliegenden Nachrichten über die Ergebnisse der Venediger Konferenz werden in Wiener parlamentarischen Kreisen mit großer Zurückhaltung aufgenommen, da man zunächst abwarten will, ob die ungarische Regierung stark genug sein wird, die Banden aus Westungarn zu vertreiben. Schon jetzt aber befürchtet man auf das Gerüchte den Verlust von Oedenburg, so daß es zweifelhaft ist, ob die Großdeutsche Vereinigung für die Ratifikation des Vertrages stimmen wird.

Ungarns Stellungnahme.

Odenburg, 16. Oktober. (W.A.) Der Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte dem Vertreter des Wiener Korrespondenzbüros folgendes über die Angelegenheit des Vertrages von Venedig: Wir beschließen, den geschlossenen Vertrag loyal durchzuführen. Ich erwarte, daß dieser Vertrag zu einem Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten beitragen wird, die sich in den Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn seit der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon gebildet haben.

Die irische Konferenz.

London, 14. Oktober. (Telunion.) Die irische Konferenz hielt gestern nur eine kurze Sitzung ab. Eine Übereinstimmung konnte noch nicht erzielt werden.

„Daily News“ erwartet lange Verhandlungen mit den Iren. Ein Bruch könne jedoch niemals eintreten.

Keine weiteren Verhandlungen vor Freilassung der internierten Sinnfeiner.

London, 16. Oktober. (Telunion.) Der Gemeinderat von Cork hat eine neue Tagesordnung angenommen, in der der Dail Eirean aufgefordert wird, die Friedensverhandlungen mit England aufzugeben, bis die politischen Gefangenen freigelassen sind.

lichen, beinschwendenden, mit Rhythmen arbeitenden Operette, sondern Elemente der guten alten Operette der Kra Suppe, Strauß, Millöder, etwas romanisiert, parfümiert und ins gleichzeitige geordnet. Man könnte aus diesen operettenhaften Teilen der Mignon-Musik eine musikalische (für eine Operette) hochwertige Operette zusammenstellen, die die meisten Operetten durch Vorträge der Melodienbildung und der Instrumentierung übertrifft, vor der jetzigen Oper „Mignon“ aber Einheit und Einheit des Wesens voraus hätte.

Das Unrecht in der Oper „Mignon“ macht natürlich auch eine sehr wirkende Aufführung schwer. Es kommt hier neben einer Darstellerin und Sängerin, die imstande wäre, der Titelfigur die ihr zukommende poetische Umkleidung zu geben, hauptsächlich auf Sänger und Sängerinnen an, die durch ihre Gesangskraft auch eine innerlich unbedeutende und nur formal reizvolle Musik künstlerisch wirkungsvoll machen können. Beiden Anforderungen kann die jetzige Aufführung im Großen Theater nicht in vollem Maße entsprechen. Frä. Szaraski ist keine schlechte Mignon, aber den eigentlichen Kern dieser rührenden Mädchenfigur, die doch halb Kind, halb Weib sein soll, gibt sie nicht. So wohl im Spiel als auch im Gesang beschränkt sie sich auf die Umrisse, auf das Äußerliche, — man würde gern individuellere, intimere Züge sehen und im Gesange persönlichere Töne hören. Auch Herr Miller ist als Wilhelm Meister reichlich konventionell. Seine gesangliche Leistung ist ungleich an Wert, und neben schön gesungenen Stellen stehen weniger wohlklingende und der Reinheit ermangelnde. Frau Zamorska, die sich der koloraturpartie der Wilhelmine mit Geschick entledigte, und Herr Tarnowski, der den Lothario sicher und mit Würde singt und spielt, mit Anerkennung genannt werden. Ebenso die Vertreter der kleineren Rollen: Herr Ramita als Lucius, Herr Sobarski als Jarno, Frä. Marynowicz als Friedrich (der sonst meist von einem Tenor gesungen wird) und Herr Krawczyk als Antonio. Das Orchester (Leitung: Herr Leszczynski) stand — in den beiden ersten Aufführungen der „Mignon“ — nicht ganz auf derselben Höhe wie in „Tiefenland“. Manches Klang wenig durchgearbeitet, und der Zusammenhang zwischen Bühne und Orchester schien nicht immer in der erforderlichen Weise vorhanden zu sein. Doch gelang Einiges gut. Das Vorspiel zum zweiten Akt klang anmutig und lebendig.

Der deutsche Theaterverein, der seine Kunst seit längerer Zeit fast ausschließlich der heiteren und heitersten Muse gewandte, bekennt sich nun, da es Herbst wird, auch wieder auf die andere Seite seiner Doppelaufgabe: Versprochen hat er, nicht

Der polnische Kriegshafen.

Danzig, 16. Oktober. (W.A.) In der Angelegenheit des polnischen Hafens in Danzig berichten die hiesigen deutschen Zeitungen: Da die Angelegenheit der Gründung eines Hafens für die polnischen Kriegsschiffe in Danzig während der gegenwärtigen Session des Bollerbundes noch nicht erledigt werden konnte, hat der Oberkommissar des Bollerbundes in Danzig die Vertreter der polnischen und Danziger Regierung zu folgender Verständigung über die vorläufige Regelung der Angelegenheit bewogen. 1. Polen kann weiterhin den Danziger Hafen für seine Kriegsschiffe benutzen, bis die Angelegenheit endgültig vom Bollerbund geregelt wird. 2. Polen wird der Danziger Regierung die Zahl der Schiffe, die den Danziger Hafen benutzen, bekanntgeben. Die Danziger Regierung wird ihrerseits keine Einwendungen gegen das Verweilen der polnischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen erheben. 3. Der Bollerbund wird zu diesem Zweck den geeigneten Platz anweisen. 4. Die Verständigung, die in dieser Angelegenheit erzielt wurde, kann in keiner Weise späteren Verträgen beider Staaten hinsichtlich der Entscheidung des Bollerbundes vorgehen.

Sowjetrußland.

Die Rote Armee.

Moskau, 16. Oktober. (W.A.) Aus Tiflis wird über eine Offensive der Roten Truppen gegen das Militär der Republik der kaukasischen Odenen berichtet. Nikolajew wurde von den Roten Truppen umzingelt. Die Abteilungen Merkulowitsch zogen sich zurück. Die teilweise Mobilisierung von nicht die weite Front. An der Linie Rostow stehen gegen 7 Jagdabteilungen.

Folgende der Verteidigungswiderstände sollen die Vorpostenabteilungen der Roten Truppen als Jägerabteilungen zur Jagd verwandt werden.

Ernennung des polnischen Rückwandererssekretärs.

Moskau, 16. Oktober. (W.A.) Gestern nach wurde durch einen Dolmetscher in den Hals der Sekretär der polnischen Delegation für Rückwandererangelegenheiten Brackiewicz getötet. Die Untersuchung ist im Gange.

Amerikanische Kindererpflegungen.

Petersburg, 16. Oktober. (W.A.) Das amerikanische Hilfskomitee eröffnete 23 Mittagstische und gibt täglich Portionen für 14 000 Kinder heraus. Es wurden Vorbereitungen zur Eröffnung von Küchen von 100 000 Kindern getroffen.

Hungerausstellung in Moskau.

Moskau, 16. Oktober. (W.A.) Die bolschewistische Presse berichtet von der Eröffnung der Hungerausstellung in Moskau. Dort finden sich auch Versproben aus Rinde, Erbsen, Haseln, Haselnüssen usw. Die ausgestellten Sachen beweisen, daß z. B. die Bewohner der Hungergebiete sich hauptsächlich von Speisen ernähren, die aus verschiedenen Glasarten hergestellt sind.

Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Moskau, 15. Oktober. (Telunion.) Am 5. Oktober wurde der nationale russische Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Moskau eröffnet. Vor Beginn hielt die bolschewistische Fraktion eine längere Sitzung ab. Die von ihr gefassten Beschlüsse wurden streng geheim gehalten. Der Vorsitz im Plenum hat Kalinin übernommen. Der Kongress wird sich beson. mit den bisherigen Ergebnissen der Nationalkonferenz zu befassen haben, jedoch soll auch die auswärtige Politik einen großen Raum in den Verhandlungen einnehmen.

Republik Polen.

Der Ministerrat beriet in seiner Sitzung am 14. d. Mts. über die Angelegenheiten der Feuerung und Spekulation. Es wurden die Anträge des Leiters des Verpflegungsministeriums über gewisse Rechte der Arbeiter zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation und über die Bildung einer Preis- und Gewinnprüfungscommission angenommen. Der Ministerrat prüfte und nahm folgende vom Finanzminister vorgelegte Anträge an: Gesetze über die Regelung der unmittelbaren Steuern und der Stempelgebühren, Gesetze über staatliche Zuschüsse für die Industrie, die Verordnung über die Besteuerung des Spiritus und der Alkoholfabrikate, Verordnungen über die Erhöhung der Tabaksteuer und der Tabakfabrikate im ehem. preussischen Teilgebiet und ein Gesetz über die Besteuerung von Seidenpapier.

Der Ministerrat beriet in seiner Sitzung am 14. d. Mts. über die Angelegenheiten der Feuerung und Spekulation. Es wurden die Anträge des Leiters des Verpflegungsministeriums über gewisse Rechte der Arbeiter zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation und über die Bildung einer Preis- und Gewinnprüfungscommission angenommen. Der Ministerrat prüfte und nahm folgende vom Finanzminister vorgelegte Anträge an: Gesetze über die Regelung der unmittelbaren Steuern und der Stempelgebühren, Gesetze über staatliche Zuschüsse für die Industrie, die Verordnung über die Besteuerung des Spiritus und der Alkoholfabrikate, Verordnungen über die Erhöhung der Tabaksteuer und der Tabakfabrikate im ehem. preussischen Teilgebiet und ein Gesetz über die Besteuerung von Seidenpapier.

Der Ministerrat beriet in seiner Sitzung am 14. d. Mts. über die Angelegenheiten der Feuerung und Spekulation. Es wurden die Anträge des Leiters des Verpflegungsministeriums über gewisse Rechte der Arbeiter zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation und über die Bildung einer Preis- und Gewinnprüfungscommission angenommen. Der Ministerrat prüfte und nahm folgende vom Finanzminister vorgelegte Anträge an: Gesetze über die Regelung der unmittelbaren Steuern und der Stempelgebühren, Gesetze über staatliche Zuschüsse für die Industrie, die Verordnung über die Besteuerung des Spiritus und der Alkoholfabrikate, Verordnungen über die Erhöhung der Tabaksteuer und der Tabakfabrikate im ehem. preussischen Teilgebiet und ein Gesetz über die Besteuerung von Seidenpapier.

nur für freundliche Unterhaltung zu sorgen, sondern auch für die Pflege der dramatischen Dichtung. Daß es höchste Zeit war, diese Seite seiner Tätigkeit wieder in Erscheinung treten zu lassen, bewies der Verlauf der Theaterabende am 13. d. Mts.: Das durch Stücke heiterer und heiterer Art einseitig vorgestimmte Publikum glaubte, im Theaterverein müsse unter allen Umständen gelacht werden, und in ein tief ernstes Drama lang wiederholt ein von Dichtung und Ernst unberührtes fröhliches Lachen. Zugleich freilich bewies der Verlauf des Abends, daß Dichtung und Ernst doch selbst heute und selbst im deutschen Theaterverein in Posen ihre Wirkung tun. Je weiter der Abend vorrückte, desto seltener wurde das Lachen. Die Dichtung als Abbild des Lebens schlug die Zuhörer in Bann, und es darf wohl nicht bezweifelt werden, daß auch die, die gekommen waren, um zu lachen, beim Verlassen des Saales das Bewußtsein eines Erlebnisses mit sich fortnahmen.

Das Drama, mit dem der Theaterverein den Weg zur ernsten Kunst zurückwand, ist Karl Schönberts „Weibsteufler“, ein Werk, das nicht nur in dramatisch-technischer Hinsicht einen Ehrenplatz in der neuzeitlichen Bühnenliteratur verdient, — drei Personen spielen und sprechen fünf Aufzüge hindurch in einem und demselben Raum, und vom ersten Wort an bis zum letzten fallen des Vorhangs ist auf der Bühne Leben, Spannung, Entwicklung, — sondern auch in bezug auf seinen psychologischen Gehalt und die Eindringlichkeit und Tiefe in der Behandlung des dichterisch verarbeiteten Problems zu den Meistern der dramatischen Dichtung gezählt werden darf. Das Drama behandelt eines der ernstesten und tiefsten sittlichen Probleme, die es überhaupt gibt: das Problem der Ehe, oder vielmehr eine Seite dieses Problems. In diesem Falle handelt es sich um eine Ehe, die, innerlich leer, äußerlich ungetrübter erscheint, bis die Frau, deren tiefe, vor der Welt ängstlich verborgene Sehnsucht nach einem Kinde unerfüllt bleibt, von zwei Seiten in ihrem Inneren brutal getroffen wird: von ihrem Mann und dem „Andern“. Von beiden Seiten in herzoglicher Weise zu einem Mordspiel, als Mittel zum Zweck verwendet, zückt sich die Frau, die sich in diesem Spiel ihres Hungers nach Lebensglück bewußt geworden ist, an den Männern, denen sie Mittel zum Zweck war, dadurch, daß sie, die als „Weibsteufler“ beschimpfte, die „Mannsteufler“ aufeinander hegt und es zumeist bringt, daß der junge Grenzjäger, der sie aus ihrer Bahn herausgerissen hat, ihren lässlichen Mann umbringt.

Der Ausgang des Stückes könnte befremden. Ein anderer Ausgang wäre denkbar. Ein anderer Ausweg wäre vielleicht wahrscheinlicher in einem andern Milieu. Aber das Stück spielt in einem österreichischen Gebirgsdorf, unter Bauern und Grenz-

„Über es zischt ja gar nicht Vater! Sonst zischt's doch immer, wenn Feuer und Wasser zusammen kommen?“

„Ach, war das lange her! Lies Rainer kam sich jetzt oft so alt, so alt vor gegen die kleine Lies Odenhof von damals.“

Nun war die Sonne fort, und das Abendrot wurde tiefer und glühender ringsum. Da stand Lies auf und ging hart an den Vorsprung, der hinübergrasste ins Meer, an dessen Fuß tief unten die weißen Schaumzähne nagten, — ewig, — unerwiderlich. Hier hatte der Vater vorlages Jahr einen Baum anbringen lassen und eine Warnungsfahne, denn stetig hüllte und wühlte das Wasser unterhalb von dem losen Sande fort, so daß die obere Schicht mit dem dünnen Strandgras nur noch lose darüber hing und beim Sturm Stückweise in die Tiefe nachdrückte. Das Wasser das unten alles ausgehöhlt, hatte hier einen förmlichen Riesen Rüssel gebildet, in dem es brandete und schäumte wie in einem Kochtopf. Die Kinder von Rainer hatte hier, als sie noch klein waren, stets mit Grauen herababgesehen und gemeint, hier sei die Hölle.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Als Gegenstand der zweiten Rezensierung dieses Winters hat die Direktion des Großen Theaters Ambrosio Thomas „Mignon“ aufgeführt, eine Oper, gegen die sich künstlerisch mancherlei sagen läßt, die aber eines der Hauptaufgaben der Operndirigenten aller Länder bildet. Daß „Mignon“ heute noch so große Anziehungskraft ausübt, beweist, daß in ihr etwas vorhanden ist, was dem „großen Publikum“ gut schmeckt. Was das ist, ist durchaus klar. Wenn man jemand, der diese Oper nicht kennt, mit verbundenen Augen in den Zuschauerraum eines Theaters setzen würde, in dem gerade der erste Akt der „Mignon“ aufgeführt wird, dann würde dieser jemand, wenn er einige Kennzeichen des Bühnenmusikstils hat, beim Hören dieser Musik vermutlich sagen: „Donnerwetter, ist das eine feine Melodie!“ Und er würde das Richtige treffen. „Mignon“ ist musikalisch ein Gemisch von Opern- und Operettenelementen, und gerade diese letzteren werden heiligerweise ausschlaggebend und beherrschend in den Vorurteilen — wenn man will — nicht Elemente der alten neuzeit-

Der Auslandsausschuß hielt unter dem Vorsitz des Herrn Grassli eine Sitzung ab, in welcher der Abgeordnete Dr. Herz die Regierung wegen der Ausweisung von 14 Russen und Ukrainern aus Polen interpellirte. Nach der Erwiderung des Ministers Elmunt und des Unterstaatssekretärs Dabst und nach der Aussprache, in der verschiedene Abgeordnete das Wort ergriffen, wurde folgende Entschließung gefaßt: 1. Der Auslandsausschuß bestätigt, daß er vollkommen mit den Bestrebungen der Regierung einverstanden sei, die die Aufrechterhaltung von feindlichen Beziehungen zu Sowjetrußland und eine strenge Durchführung der Vorschriften des Rigaer Vertrages beabsichtigen. Diese Entschließung wurde einstimmig gefaßt. 2. Der Auslandsausschuß ist der Ansicht, daß die Regierung sich in Zukunft von dem Grundsatze leiten lassen müsse, daß Angehörige fremder Staaten, die von fremden Regierungen für politische Vergehen verfolgt werden, auf Grund der Verträge, die mit fremden Regierungen abgeschlossen wurden, nicht aus Polen ausgewiesen werden können. Diese Entschließung wurde mit behebender Stimmenmehrheit angenommen. Darauf besprach der Abgeordnete Seyda den Antrag der Regierung über die Ratifizierung der Amnestieverträge mit Deutschland. Auch diesen Vorschlagswurf nahm der Ausschuß einstimmig an.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Nicht ganz so einverstanden bin ich mit dem Grenzjäger des Herrn Stehert. Dieser in dem Drama als schneidiger, stam-
mer Keel geschilderte junge Mann erschien in der hiesigen Dar-
stellung von Anfang an als eine etwas weibleibige Gestalt, als ein
Mensch, an dem — schon bevor irgendetwas geschehen war, — ein
tragisches Verhängnis oder eine Schuld fraß. Durch größere Fests-
heit und Energie in Haltung, Bewegungen und Sprache wird dieser

ner, Schmidt-Rohlfuß, Otto Müller und Partikel, ferner eine
Maske von Georg Kolbe „Aufsorgehung“. Der Präsident des
Museums — angeregt durch ähnliche Werke im Berliner Privat-
besitz — hat persönlich die Auswahl dieser Bilder getroffen und sich
dabei sachkundigem Rats anvertraut. Für die Sache der jungen
deutschen Kunst ist die hier mitgetheilte Tatsache nicht zu unter-
schätzen.

Gesamtleitung: Dr. Wilhelm Seewitz.
Verantwortlich: für Inhalt, Druck und Ausstattung: Dr. Wilhelm Seewitz; für Satz- und Zeichnungslayout: Rudolf Herbrechtmeier.
Für den Verleger: Dr. Wenzelmann, Druck und Verlag der Polier's Buchdruckerei
 und Verlagsanstalt T. A. Kuntze in Regensburg.

